

IG Metall verhandelt nur bis heute Mittag

Frankfurt/Stuttgart. Im Tarifkonflikt der Metall- und Elektroindustrie streben Gewerkschaft und Arbeitgeber doch noch eine Lösung am Verhandlungstisch an. Der Vorstand der IG Metall verzichtete am Freitag zunächst darauf, Tages-Warnstreiks in Gang zu setzen. Stattdessen sollten noch am Freitag die am Mittwoch abgebrochenen Verhandlungen im Pilotbezirk Südwest in der fünften Runde wieder aufgenommen werden. Der IG-Metall-Vorstand setzte den Verhandlungsteams eine Frist bis zum heutigen Samstagmittag, um in Stuttgart zu einem belastbaren Ergebnis zu kommen.

„Klar ist aber auch, wenn morgen kein Ergebnis kommt, wird der Vorstand der IG Metall darüber entscheiden, ob die nächste Eskalationsstufe zu beschließen wäre“, sagte der Erste Vorsitzende Jörg Hofmann nach einer Vorstandssitzung in Frankfurt. Dies schließt neben neuartigen bundesweiten Tages-Warnstreiks mit ein, in einzelnen Regionen direkt in die Urabstimmung über Flächenstreiks zu gehen. Der IG-Metall-Vorstand werde während der Verhandlungen in Stuttgart anwesend sein und könne entsprechende Beschlüsse fassen.

Der Arbeitgeberverband Südwest-Metall nahm die Einladung zur fünften Verhandlungsrunde an, wollte darüber hinaus aber zunächst keinen Kommentar abgeben. Verhandlungsführer Stefan Wolf hatte die Gewerkschaft am Donnerstag vor einer Eskalation gewarnt. Er schloss nicht aus, dass die Arbeitgeber gegen mögliche Streiks „massiv juristisch“ vorgehen. Seit Jahresbeginn haben rund 950000 Metallarbeiter an stundenweisen Warnstreiks teilgenommen. *dpa*

Keine Strafzinsen bei Altverträgen

Tübingen. Eine Bank darf ihren Kunden bei schon bestehenden Verträgen nicht einfach nachträglich Negativzinsen auferlegen. Das hat das Landgericht Tübingen am Freitag entschieden. Entsprechende Klauseln verstießen gegen wesentliche Grundgedanken der gesetzlichen Regeln. Zugleich deuten die Richter in ihrem Urteil aber auch an: Für grundsätzlich unzulässig halten sie Negativzinsen für Privatanleger nicht (Az. 4 O 187/17).

Nach Angaben der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg, die den Fall ins Rollen gebracht hatte, ist es die erste gerichtliche Auseinandersetzung dieser Art nach deutschem Recht.

Konkret geht es in dem Fall um die Volksbank Reutlingen, die ihre Kunden im vergangenen Sommer per Preisaushang darüber informiert hatte, dass bei bestimmten Anlageformen je nach Höhe und Laufzeit negative Zinsen – sprich: Kosten – fällig werden können. Die Bank nach eigener Darstellung zwar nie wirklich von jemandem verlangt und nach kurzer Zeit auch wieder gestrichen. Die von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg geforderte Unterlassungserklärung wollte sie aber nicht abgeben. Sie könne Negativzinsen nicht für alle Zeiten abschließen, wenn sie dauerhaft gesund wirtschaften wolle, hieß es.

Die Richter stellten nun klar: Zumindest bei Altverträgen darf eine Bank nicht einfach einseitig die Allgemeinen Geschäftsbedingungen so ändern, dass darin plötzlich Negativzinsen auftauchen. Der Übergang vom Plus ins Minus bewirke „eine Änderung des Vertragscharakters hin zu einer Umkehr der Zahlungspflichten“, heißt es im Urteil. Das gehe nicht, schon gar nicht, wenn es für den Kunden überraschend komme. *dpa*

KURZ NOTIERT

Intel Der Chip-Hersteller Intel hat dank starken Wachstums im Geschäft mit Datenzentren sowohl im Schlussquartal als auch im Gesamtjahr 2017 Rekordlöse verbucht. In den drei Monaten bis Ende Dezember stieg der Umsatz verglichen mit dem Vorjahreswert um vier Prozent auf 17,1 Milliarden Dollar (13,8 Mrd Euro). Trotz des Umsatzanstiegs fiel unterm Strich ein Verlust von 687 Millionen Dollar an. Der Grund: Die US-Steuerreform verursachte eine einmalige Abschreibung von 5,4 Milliarden Dollar. Die Sicherheitslücken „Meltdown“ und „Spectre“ will Intel nach eigener Aussage „später in diesem Jahr“ durch neue Hardware beheben. Der Konzern warnte Intel vor rechtlichen Risiken durch Sammelklagen sowie negativen Folgen für Kundenbeziehungen und Reputation. *dpa*

Trump lockt Investoren in die USA

Davos Präsident preist Wiederaufstieg eines „starken und prosperierenden Amerika“

Zum ersten Mal seit 17 Jahren reist ein US-Präsident zum Weltwirtschaftsforum. Gespannt warteten die Konzernchefs in Davos auf unternehmerfreundliche Signale von Donald Trump. Und der Ex-Unternehmer liefert.

Davos. Vor der Finanz- und Wirtschaftselite in Davos hat US-Präsident Donald Trump um Investitionen in die USA geworben und den Konzernchefs eine glänzende Zukunft in Amerika versprochen. „Nie war die Zeit besser, um einzustellen, zu wachsen und zu investieren“, sagte Trump in seiner mit Spannung erwarteten Rede auf dem Weltwirtschaftsforum am Freitag. „Jetzt ist die perfekte Zeit, ihren Betrieb und ihre Investitionen in die Vereinigten Staaten zu bringen“, sagte der frühere Geschäftsmann vor mehreren Hundert Unternehmen und Spitzenpolitikern. „Amerika ist der Platz zum Geschäftemachen. Und Amerika ist wieder wettbewerbsfähig“, sagte der Republikaner. Die US-Wirtschaft habe in seinem ersten Amtsjahr ihr Wachstumstempo beschleunigt, 2017 um 2,3 Prozent zugelegt. Im Jahr zuvor waren es lediglich 1,5 Prozent gewesen.

Zuvor hatten Top-Manager wie Siemens-Chef Joe Kaeser, Trump für seine Steuerreform gelobt. Klaus Schwab, der Gründer des Weltwirtschaftsforums, schlug bei seiner Ansprache die gleichen Töne an: Die Steuerreform werde die Weltwirtschaft ankurbeln, sagte er an Trump gerichtet.

Trump schloss bei seinem Auftritt eine Rückkehr seines Landes zum Transpazifischen Handelsabkommen TPP nicht aus. Die USA würden über Freihandelsabkommen mit vielen Ländern nachdenken, darunter auch den TPP-Ländern. „Vielleicht auch als Gruppe“, fügte Trump an. Kanada und Japan hatten angekündigt, dass das Abkommen zwischen elf pazifischen Ländern im März unterzeichnet werden soll.

Trump kündigte allerdings auch eine harte Linie bei der Überwachung der Regeln für den Freihandel an. „Wir werden nicht länger wegsehen“, sagte Trump. „Wir können keinen fairen und freien Handel haben, wenn einige Länder die Regeln brechen“, sagte Trump.

Harsche Kritik

Die Hilfsorganisation Oxfam kritisierte Trumps Rede scharf. „Der Präsident, der sich als Kämpfer für die vergessenen Frauen und Männer aus gibt, sucht in Wahrheit die Zustimmung der Eliten“, sagte Oxfam-Chefin Winnie Byanyima. Deutsche Wirtschaftsverbände zeigten sich ebenfalls skeptisch und kritisierten die von Trump vor allem gegen China verhängten Strafzölle. „Die Administration Trumps hat



Pfiffe ertete Trump in Davos für seine erneute Medienschelte. „Fies und gemein“ sei die Presse, so der Präsident. Foto: apf

offensichtlich nicht verstanden, dass die Zeiten passé sind, in denen eine Wirtschaftsmacht eine andere mit derartigen Maßnahmen im Alleingang in die Knie zwingen kann“, sagte der Präsident des Außenhandelsverbandes BGA, Holger Bingmann. „Handelspolitik macht man heutzutage mit dem Skalpell und nicht mit dem Vorschlaghammer“, sagte er. Die Weltordnung sei heute multipolar und selbst eine große Volkswirtschaft müsse sich am Ende an die Spielregeln einer WTO halten.

Ähnlich äußerte sich der Maschinenbauverband VDMA: „Der „America First“-Ansatz ist nichts anderes als die Rückkehr zum Frühkapitalismus. Der Welthandel ist kein Nullsummenspiel, bei dem das eine Land gewinnt und das andere verliert“, meinte VDMA-Hauptgeschäftsführer Thilo Brodtmann.

„America first“ für alle?

Trump verteidigte seinen nationalen Ansatz. Politiker sollten zuerst an ihr Land denken. „Amerika zuerst heißt nicht: Amerika alleine. Wenn die Vereinigten Staaten wachsen, dann wächst auch die Welt.“ Die USA hätten in aller Welt geholfen, zahlreiche Arbeitsplätze zu schaffen.

Zugleich warb Trump für neue Einwanderungsregelungen für die USA. „Unser Einwanderungssystem steckt in der Vergangenheit fest“, sagte Trump. Er forderte eine Umstellung auf einen leistungsabhängigen Ansatz, wonach Menschen vor allem nach ihren Fähigkeiten

ausgewählt würden. In den USA streiten regierende Republikaner und Demokraten, deren Mitwirkung an der Gesetzgebung nötig ist, derzeit heftig über neue Regeln zur Einwanderung.

Laute Buhrufe ertete Trump für erneute Medienschelte. „Erst als ich

Politiker wurde, habe ich bemerkt, wie fies und gemein, wie böseartig und wie „fake“ die Presse sein kann“, sagte der Präsident im Gespräch mit Klaus Schwab. Daraufhin kam unüberhörbar Unmut auf im Saal, der mit 1100 Zuhörern gefüllt war. *dpa*

US-Präsident wollte Sonderermittler Mueller offenbar loswerden

US-Präsident Donald Trump hat die bereits geplante Entlassung des Sonderermittlers in der Russland-Affäre offenbar in letzter Minute abgeblasen. Die „New York Times“ schreibt unter Berufung auf informierte Quellen, Trump habe den früheren FBI-Chef Robert Mueller im Sommer vergangenen Jahres „wegen diverser Interessenkonflikte“ feuern wollen. Nach einer Rücktrittsandrohung des Rechtsberaters im Weißen Haus habe er aber einen Rückzieher gemacht.

Trump wies die Berichte am Freitag in einer ersten Reaktion zurück. „Fake news, fake news. Typisch für die „New York Times“. Fake-Geschichten“, sagte der Präsident Reporter in Davos. Die Reporter der „New York Times“ blieben am Freitag bei ihrer Darstellung.

Hintergrund von Muellers Ermittlungen ist, dass US-Geheimdienste Russland beschuldigen, sich mit Hacker-Angriffen in den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2016 eingemischt zu haben. Sie hätten demnach Trump helfen und seiner Konkurrentin Hillary Clinton schaden wollen. Der frühere FBI-Chef ermittelt seit Mai 2017, ob es eventuell illegale Absprachen zwischen Trumps Wahlkampfteam und Moskau gegeben habe.

Der US-Präsident hat die Russland-Ermittlungen wiederholt als „Hexenjagd“ bezeichnet. Dem Vernehmen nach untersucht Mueller in dem Zusammenhang auch, ob Trump versucht hat, auf Ermittlungen des FBI einzuwirken. Die Affäre belastet Trumps Präsidentschaft schwer. Nach Presseberichten

will Mueller auch Trump selbst befragen, wozu der sich bereit erklärt hat.

Dem Bericht der „New York Times“ zufolge gab es aus Trumps Sicht gleich drei verschiedene Interessenkonflikte: Zum einen ein mehrere Jahre zurückliegender Streit um Mitgliedsbeiträge Muellers in einem Trump gehörenden Golf-Club. Ferner habe Trump Muellers Unparteilichkeit in Zweifel gezogen, weil er erst kürzlich für eine Anwaltsfirma gearbeitet habe, die früher Trumps Schwiegervater Jared Kushner vertrat. Obendrein habe Trump angeführt, dass Mueller unmittelbar vor seiner Ernennung zum Sonderermittler ein Gespräch über eine mögliche Rückkehr auf seinen früheren Posten als FBI-Chef geführt habe. *dpa*

Brexit: Das zweischneidige Schwert

Weltwirtschaftsforum Frankfurter fordern ein Umdenken in der Main-Metropole

Der Brexit birgt Zündstoff. Beim Netzwerk-Treffen „Frankfurt meets Davos“ debattierte die globale Elite über dessen Chancen und Risiken für die Metropolregion Rhein-Main.

VON ULRIKE KEDING

Davos. Die Promenade mitten im arktisch verschneiten Davos ist kaum wiederzuerkennen. Teresa May, Donald Trump oder Emmanuel Macron flanieren auf ihr. Auf den Dächern stehen Sicherheitsbeamte mit scharfen Gesichtern. Viele Geschäfte räumen für das Forum ihre Flächen.

Das „Frankfurt Office“, aus einem Elektroladen entstanden, ist Bühne für die „Global Shapers“ – ein Netzwerk junger Führungspersönlichkeiten zwischen 20 und 33 Jahren. Robert Wening, Kurator der „Globalen Gestalter Frankfurt“, spricht in Davos über seine Vision vom künftigen „Mainhattan“: „Der Brexit gibt uns einen neuen Impuls, Weltmetropole zu werden. Daran fehlt es uns an allen Ecken. Das Problem in Frankfurt: Arbeit und Leben sind getrennt. Hier sind die typischen Wohngebiete, dort die Bürogebäude. Besonders unsere Innenstadt leidet daran. In London haben sie die „Pub“-Kultur, ab 17 Uhr treffen sich die Kollegen in der Bar. In Paris gibt es drei Brasserien an jeder Ecke, die alle voll sind.“

Entscheidend für Frankfurts Zukunft ist demnach eine attraktive Stadtgestaltung im Sinne der „Ar-

beit-Freizeit-Balance“, vor allem für junge Leute.

Familien mögen Frankfurt

Die Standort-Marketinggesellschaft FrankfurtRheinMain GmbH bestätigt, dass viele Bankiers, die das Flair der Weltstadt London lieben, vom Umzug nach Frankfurt nicht allzu begeistert sind: „Sie empfinden unsere Stadt als provinziell.“ Pressesprecherin Michaela Kahle nimmt es mit Humor: „Frankfurt ist beliebt bei Familien mit Kindern.“ Folge: Die Nachfrage nach Schulen boomt. Teuer sind für die

Banken Umzug und Schulgeld ihrer Mitarbeiter. Deshalb wird vor allem die internationale Führungsetage entsendet.

13 Geldinstitute rund um den Globus von Südkorea Woori bis zur Silicon Valley Bank haben schon ihren Umzug von London nach Frankfurt angekündigt oder vergrößern ihre bestehenden Filialen, wie Goldman Sachs. Hier können sie 2019 nämlich ihre Lizenzen für Geschäfte auf dem EU-Markt behalten.

Durch den Brexit stehen rund 5000 Arbeitsplätze in Aussicht, ein

schwacher Trost. Zinstief und Digitalisierung bedrohen etwa 20000 der derzeit 60000 Stellen in den Banken Frankfurts. „Die digitale Industrie ist zukunftsweisend für neue Arbeitsplätze“, sagt Eric Menges, Geschäftsführer der Frankfurt RheinMain GmbH. Seine Aufgabe ist es weltweit für die Region um Firmen zu werben: „Wir sind besonders mit der IF-Nation Indien im Gespräch. Traditionell in London vertreten, müssen die Inder ihren Firmensitz in die EU verlegen, wenn der Brexit naht.“

Frankfurt steht hoch im Kurs, doch noch im Brexit-Wettbewerb mit Paris, Luxemburg, Amsterdam und Dublin. „Ich denke, Frankfurt gewinnt! Die Stadt hat die EZB, den Airport und große Hotels“, meint der Franzose Yves Laurent Kayan, Start-Up-Unternehmer in Luxemburg. „Vielleicht macht Paris das Rennen, aber nur wegen Macron. Jeder liebt ihn und folgt seinem Weg.“

Die Brexit-Erwartungen heizen den bereits angespannten Immobilienmarkt in Frankfurt an. „Ich finde die Preise nicht mehr gerechtfertigt“, meint Vera Schrader, Abteilungsleiterin der DZ Bank. Andere sichern sich internationale Konzerne Anlageobjekte im Rhein-Main-Gebiet, die im Vergleich zu anderen Metropolen erschwinglich sind. „Die Bankiers finden unsere Mieten lächerlich günstig, weil sie den Maßstab London anlegen und dort das Doppelte für eine Wohnung zahlen“, sagt Michaela Kahle.

Büros gibt es genug. Knapp ist der Wohnraum. Das Nachsehen hat die lokale Bevölkerung, Menschen ohne Spitzengehälter, die ohnehin um Schulplätze oder bezahlbaren Wohnraum bangen.

Der Brexit ist ein zweischneidiges Schwert: Die Geschäftsleute profitieren, der „Otto-Normal-Verbraucher“ muss sich im Verdrängungswettbewerb behaupten. Wie sind Gewinner und Verlierer unter einem Hut zu bringen?

Neue Wohnmodelle

„Wir müssen neue Wohnmodelle entwickeln“, rät Jungunternehmer Wening: „In einem Mietshaus sollten fünf Luxus-, fünf sozial subventionierte und fünf normale Parteien unter einem Dach leben. Ich bin kein Freund des sozialen Wohnungsbaus, das bedeutet wieder Clusterbildung in eine Klassengesellschaft.“ „Der reine Kapitalismus wird einfach nicht mehr funktionieren. Das Modell der Zukunft wird sein: Die Konzernchefs verfolgen ihre Geschäfte genauso wie ihr soziales Engagement. Dieser Bewusstseinswandel ist von jedem Bürger gefordert.“ Der Makler verleiht eine günstige Wohnung an den Schuster, der Bankier ist der Nachbar vom Sozialhilfeempfänger – so sieht die ideale Stadt aus. Denn wenn eine Metropole wie Frankfurt nicht jeder Bevölkerungsgruppe gerecht wird, ist sie nicht mehr erstrebenswert.

Bahn: Stuttgart 21 wird noch teurer

Berlin/Stuttgart. Das Bahnprojekt Stuttgart 21 verschlingt immer mehr Geld. Nach jüngster Kalkulation steigen die Kosten auf bis zu 8,2 Milliarden Euro. Einen entsprechenden Kostenrahmen beschloss der Aufsichtsrat des bundeseigenen Unternehmens am Freitag in Berlin. Die Bahn geht nun von 7,7 Milliarden Euro Kosten aus. Zusätzlich ist ein Finanzpuffer von 495 Millionen Euro für „unvorhergesehene Ereignisse“ eingeplant.

Außerdem wurde der Zeitplan nochmals korrigiert: Der neue unterirdische Durchgangsbahnhof mit seinen Anschlussstrecken soll nun bis zum Jahr 2025 betriebsbereit sein. Bislang lag der Kostenrahmen bei 6,5 Milliarden Euro und der offiziell genannte Eröffnungstermin war Ende 2021.

Auch die mit Stuttgart 21 zusammenhängende Neubaustrecke Wendlingen-Ulm wird teurer. Die neue Kostenprognose sei 3,7 Milliarden statt bisher 3,26 Milliarden Euro vor. Die Fertigstellung verschiebt sich um ein Jahr auf 2022.

Grundlage der Beschlüsse war ein Gutachten der Gesellschaften PwC und Emch+Berger, hieß es in einer Stellungnahme des Aufsichtsrats nach einer Sondersitzung des Gremiums. Der Bahn-Vorstand habe „glaubhaft dargelegt, dass die Fortführung des Projekts Stuttgart 21 wirtschaftlicher ist als ein Abbruch“.

Hintergrund der Neukalkulation sind unter anderem gestiegene Baupreise sowie Probleme mit dem Baugrund und der Wunsch des Vorstands, Finanzpuffer für mögliche weitere Risiken vorzuzulassen. Bei dem Projekt soll aus dem Stuttgarter Kopfbahnhof ein Durchgangsbahnhof mit Bahnsteigen unter der Oberfläche werden. An der Station wird seit Februar 2010 gebaut. *dpa*

Dermapharm will 26 Euro pro Aktie

München. Der Börsengang des bayerischen Arzneimittelherstellers Dermapharm soll bis zu 404 Millionen Euro einbringen. Das Unternehmen aus Grünwald bei München legte die Preisspanne für die 13,5 Millionen angebotenen Aktien am Freitag auf 26 bis 30 Euro fest. Der Großteil des Erlöses geht an Firmengründer Wilhelm Beier, der das Unternehmen seit 1991 mit mehreren Übernahmen aufgebaut hat. Ihm fließen bis zu 288 Millionen Euro zu.

Die Zeichnungsfrist für den ersten Börsengang des Jahres in Deutschland beginnt am Montag und dauert bis 8. Februar. Einen Tag später will Dermapharm sein Debüt an der Frankfurter Börse feiern. Insgesamt wird das Unternehmen damit mit bis zu 1,62 Milliarden Euro bewertet. „Dermapharm ist ein Familienunternehmen, das sich dem Kapitalmarkt öffnet“, sagte Vorstandschef Hans-Georg Feldmeier. 25 Prozent des Kapitals sollen nach dem Börsengang in Händen neuer Investoren sein. Das Unternehmen selbst will mit der Emission bis zu 115 Millionen Euro erlösen. *dpa*

Israeli wird

TLG-Großaktionär

Frankfurt. Der israelische Immobilien-Investor Amir Dayan ist zum größten Anteilseigner der Gewerbeimmobilien-Firma TLG aufgestiegen und prüft eine weitere Aufstockung. Seine Ouram Holding habe 23 Millionen TLG-Aktien gekauft, ließ Dayan am Freitag mitteilen. Das Paket hat einen Wert von mehr als 500 Millionen Euro. Damit käme Dayan auf 22,5 Prozent an der TLG, in der die gewerblichen Immobilien der ehemaligen ostdeutschen Treuhand-Gesellschaft gebündelt wurden. Den größten Teil der Papiere bekomme Ouram allerdings erst in knapp drei Monaten, am 17. April, derzeit hält er nur 4,5 Prozent. „TLG ist ein weiterer Baustein der Konsolidierung der Immobilien-Aktivitäten in Deutschland“, erklärte Dayan. Woher das Aktien-Paket kommt, ist unklar. Der Investor erwäge eine weitere Aufstockung, eine Entscheidung darüber sei aber noch nicht getroffen worden, sagte der Geschäftsführer von Dayans Gesellschaften Ouram und Intown, Sascha Hettrich.

Dayans Unternehmen sind verschwiegen. In Deutschland ist der Investor bisher vor allem in Verbindung mit dem Immobilieninvestor Intown aufgetreten, der sanierungsbedürftige Wohnblöcke und andere Objekte aufkauft. Die Berliner Intown ist nach eigenen Angaben aus mehreren Firmen entstanden und hat etwa 200 Mitarbeiter. *rrf*



Für Frankfurt in Davos (v.links n. rechts): Eric Menges (Geschäftsführer der FrankfurtRheinMain GmbH), Oberbürgermeister Peter Feldmann, Baki Irmak (Beiratsmitglied FrankfurtRheinMain) und Andreas Scholz (Geschäftsführer der dfv Maleki Group).